

Thüringer Landtag
6. Wahlperiode
zu Drs. 6/6931

- Vorabdruck -

An die Präsidentin
des Thüringer Landtags
Frau Birgit Diezel, MdL

THÜR. LANDTAG POST
13.06.2019 08:17

13399/2019

DIS. 6/7359

12. Juni 2019

zu DIS. 6/6931

Antrag

der Fraktion der CDU

EntschlieÙung

**zu der Unterrichtung der Landesregierung
- Drucksache 6/6931 -**

Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2019 bis 2023 für den Freistaat Thüringen

Lehrermangel und Unterrichtsausfall durch eine zukunftsorientierte finanzpolitische Strategie begegnen, Thüringen im Wettlauf um Lehrerinnen und Lehrer wieder wettbewerbsfähig machen, Kontinuität ermöglichen

Der Thüringer Landtag fordert die Landesregierung auf, bei der anstehenden Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2024 die folgenden haushaltspolitischen Maßgaben zu beachten:

Um dem bisher vorherrschenden Unterrichtsausfall und ungelösten Lehrermangel wirksam zu begegnen, wird die Landesregierung aufgefordert:

1. zur Lösung der Probleme im Bildungsbereich eine zukunftsorientierte finanzpolitische Strategie zu erarbeiten.
2. dem Lehrermangel, der sich in Unterrichtsausfall und fehlenden Zeugnisnoten äußert, durch ein Bekenntnis zu einer Steigerung der Ausbildungskapazitäten und einer gesteigerten Wertschätzung für den Lehrerberuf zu begegnen und hierbei folgende Maßnahmen umzusetzen:



TLT/7820/19/2

- kurzfristige Einstellung der zusätzlich benötigten Referendare.
- ein interdisziplinäres Zentrum für Lehramtsstudierende aus dem MINT-Bereich und aus dem Berufsschulbereich zur Vernetzung und Unterstützung der Studierenden zu schaffen. Dies gilt gerade mit Blick auf den Umstand, dass im MINT-Bereich – Mathematik, Physik, Chemie und Informatik – junge und engagierte Lehrer dringend benötigt werden.
- Prüfung der Schaffung eines Zulagen- und Beförderungssystems für Fachleiter an allgemeinbildenden- und berufsbildenden Schulen, das eine dauerhaft leistungsbezogene Anerkennung und Motivation schafft.
- Evaluation der Besoldung von Lehrerinnen und Lehrern, insbesondere mit Blick auf den Wettbewerb um Lehrerinnen und Lehrer mit anderen Bundesländern.

3. auf ideologiedurchsetzte Projekte sowie den Umbau der Thüringer Schullandschaft zu verzichten, deren Kostenfolgen nur schwerlich bezifferbar sind und mit Belastungen für die Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schüler sowie die Thüringer Kommunen einhergehen.

4. sich zur gewachsenen Thüringer Schullandschaft, die sich durch ein gegliedertes Schulsystem auszeichnet, das den Weg zur beruflichen und akademischen Bildung eröffnet, zu bekennen und insbesondere:

- die Regelschule, einst das Herzstück der Thüringer Schullandschaft, als lebenswelt- und berufsorientierte Schulart zu stärken und dabei, mit Blick auf den Fachkräftebedarf, Kooperation mit Thüringer Unternehmen und Handwerksbetrieben einzugehen.
- Förderschulen und schulvorbereitende Einrichtungen zu erhalten. Inklusion erfordert Augenmaß. Ausnahmsloser gemeinsamer Unterricht wird dem Elternwillen und dem Kindeswohl nicht gerecht.
- dem Leistungsprinzip wieder Geltung zu verschaffen. Hierzu gehört auch die Evaluierung der geltenden Regelungen zu Versetzungsentscheidungen.

Begründung:

1296 Pädagogen verließen im vergangenen Jahr den Schuldienst in Thüringen. Nur die Hälfte der 871 offenen Stellen wurde unmittelbar nachbesetzt. 88 offene Stellen konnten gar nicht besetzt werden. Bis zum Jahr 2030 werden rund 2280 Lehrer im Freistaat Thüringen fehlen. Gleichzeitig lag der Unterrichtsausfall zuletzt bei 6,6 %, der sich immer mehr in fehlenden Zeugnisnoten – im Jahr 2017 sogar in fehlenden Zeugnisnoten auf Abschlusszeugnissen – zeigte.

Trotz des akuten Lehrerbedarfs hat es die rot-rot-grüne Landesregierung versäumt, die Ausbildungskapazitäten hinreichend zu erhöhen. Auf dieses Erfordernis hatte die CDU-Fraktion bereits im Jahr 2017 hingewiesen. Die bloße Erhöhung der Zahl der Anwärter auf 600 im Jahr ist nicht geeignet, den zukünftigen Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern zu decken. Dies gilt insbesondere für den MINT-Bereich. Thüringen gelingt es nicht mehr, gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer zu halten. Diese wandern allzu oft in Bundesländer mit attraktiveren Bedingungen, insbesondere nach Sachsen, ab.

Gleichsam erzielen jahrzehntelang christdemokratisch geführte Länder, etwa Sachsen und Bayern, bei Schulleistungsstudien seit Jahren die besten Ergebnisse in der Bildungspolitik. Diese Länder setzen auf die richtige Schule für jeden, statt eine Schule für alle. Sie setzen auf gute Bedingungen für Lehrerinnen und Lehrer und wertschätzen den Lehrerberuf.

Statt Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten, werden durch den Umbau der Thüringer Schullandschaft – insbesondere neue Regelungen zur Inklusion – die Belastungen für Lehrkräfte an Thüringer Schulen erhöht. Dadurch ist bereits jetzt eine weitere Erhöhung der Zahl der langzeit- beziehungsweise dienstunfähig erkrankten Lehrerinnen und Lehrer zu befürchten. Für den von Rot-Rot-Grün angestrebten flächendeckenden gemeinsamen Unterricht fehlt es an den sachlichen und personellen Voraussetzungen. Auch sind die Kostenfolgen und damit einhergehende Belastungen für die Kommunen nicht absehbar. Der Entleerung und schleichenden Schließung der Förderschulen ist daher – nicht nur mit Blick auf das Kindeswohl und den Elternwillen, sondern auch aus haushalterischen Gründen – entgegenzutreten.

Um die Thüringer Schulen wieder an Sachsen und Bayern heranzuführen, ist es wichtig, Kontinuität im Bildungsbereich zu ermöglichen. Hierzu braucht es ein Bekenntnis zu den gewachsenen Strukturen der Thüringer Schullandschaft, insbesondere zur Regelschule und zur Förderschule.

Für die Fraktion:



Milke Mohring